

„Rauchen galt als Beweis für Emanzipation.“
Otto Bauer, ehemaliger Bürgermeister von Häslach, über Frauen und das Rauchen in Gemeindegremien – siehe Kreis und Nachbarschaft

Übrigens

Sabine Lohr will Gleichbehandlung aller Geflüchteten



Zweierlei Maß bei der Flüchtlingshilfe

Es ist toll, welche Hilfsbereitschaft es gegenüber den geflüchteten Ukrainern gibt. Ganze Konvois fahren an die ukrainische Grenze, liefern Spenden ab und nehmen auf dem Rückweg Menschen mit nach Deutschland. Es wurden seit Kriegsbeginn vor zwei Wochen mehrere Millionen Euro gesammelt, um den Ukrainern, die geflüchtet sind, zu helfen. Auch der Staat hilft, wo er nur kann: Die Menschen werden einfach aufgenommen, sie dürfen ohne jedes Verfahren ein Jahr lang bleiben. Es werden Unterkünfte gesucht und aufgetan. Und die Bahn lässt sie umsonst reisen. Das alles ist großartig.

Andere Geflüchtete hatten und haben es nicht so leicht. Ob sie aus Kriegsgebieten wie Syrien, Afghanistan oder dem Irak oder aus Katastrophengebieten wie Nigeria, Libyen oder Gambia kommen: Für sie alle gelten strikte Regeln. So wurde und wird etwa streng darauf geachtet, dass sie nicht über ein anderes Land der EU eingereist sind. Denn dann hätten sie dort bleiben und Asyl beantragen müssen. Sind sie es doch, müssen sie entweder freiwillig in dieses Land zurück oder werden dorthin abgeschoben.

Deutsche, die Geflüchtete aus einem dieser EU-Länder nach Deutschland holen, machen sich strafbar. Außer es handelt sich um Ukrainer. Diese darf man ungestraft in Polen, Rumänien, Ungarn oder der Slowakei abholen und nach Deutschland bringen. Das ist gut und richtig so, aber warum wird mit zweierlei Maß gemessen?

Flüchtlingen aus ehemaligen Kriegsgebieten wie Afghanistan werden wie der Familie von Yas-

min (siehe dritte Lokalseite) riesige Steine in den Weg gelegt. Und das, obwohl sie in Lebensgefahr sind. Weil sie für Menschenrechte gekämpft oder für die ehemalige afghanische Regierung, deutsche Behörden oder deutsche Firmen gearbeitet haben. Es scheint Listen zu geben, auf die sie, wenn sie eine so große Unterstützung in Deutschland wie Yasmin haben, gesetzt werden können. Aber die Existenz dieser Listen wird offenbar geheim gehalten. Sonst könnte man ja Leute drauf setzen.

Anträge auf Aufnahme dieser Flüchtlinge werden, obwohl es enge Fristen gibt, einfach nicht bearbeitet oder „übersehen“. Und solange diese Anträge nicht bearbeitet werden, müssen diese Menschen unter Lebensgefahr in Afghanistan untertauchen. Auch für sie ist, wie für die Ukrainer, humanitäre Hilfe unerlässlich. So wie für viele andere Geflüchtete auch.

Sind Afghanen weniger gute Flüchtlinge als Ukrainer? Weil Deutschland am Krieg in Afghanistan beteiligt war (den der Westen verloren hat)? Sind Ukrainer die besseren Flüchtlinge, weil Wladimir Putin sie anlasslos angegriffen hat? Zur Erinnerung: Ungarn hat hohe Zäune gebaut, um Syrer, Afghanen und andere daran zu hindern, ins Land zu kommen. Und in diesem Winter sind geflüchtete Menschen vor den polnischen Grenzen im Wald erfroren, weil Polen sie nicht eingelassen hat. Deutschland hat herzlich wenig getan, um diese Menschen zu retten.

Wir sollten nicht mit zweierlei Maß messen. Wir sollten alle Geflüchteten gleich behandeln. Und zwar alle wie die Ukrainer.

Langzeitfolgen bei Corona-Infizierten

Post-Covid Eine Forschergruppe des Uniklinikums Tübingen hat untersucht, wie häufig das Post-Covid-Syndrom auftritt.

Tübingen. Müdigkeit, Konzentrationsstörungen, Erschöpfung: Nach einer durchgestandenen Coronainfektion leiden einige Patientinnen und Patienten noch Monate danach unter einer Vielzahl an Beschwerden. Diese Symptome beschreiben das sogenannte Post-Covid-Syndrom. Um das Krankheitsbild zu erforschen, haben das Institut für Allgemeinmedizin und Interprofessionelle Versorgung und das Institut für klinische Epidemiologie am Universitätsklinikum Tübingen nun gemeinsam eine Studie durchgeführt.

Im Rahmen der Studie führten die Forscherinnen und Forscher gemeinsam mit den Gesundheitsämtern der Landkreise Reutlingen, Tübingen und dem Enzkreis eine Befragung unter allen Erwachsenen mit positivem PCR-Test durch. Insgesamt 1907 Personen haben sich an dieser Befragung beteiligt. Das Team um Instituts- und Studienleiterin Prof. Stefanie Joos fand heraus, dass 46 Prozent der ambulant behandelten Patientinnen und Patienten auch 12 Wochen nach der Infektion weiterhin unter Beschwerden leiden. Wesentlich häufiger, mit 73 Prozent, berichteten Patienten und Patientinnen, die während der

akuten Erkrankungsphase ihrer Infektion schwer krank und im Krankenhaus behandelt werden mussten, über Langzeitsymptome.

Als häufigste Symptome beider Gruppen identifizierte die Forschergruppe Müdigkeit, körperliche Erschöpfung, Konzentrationsstörungen sowie Geschmacks- und Geruchsverlust. Das Risiko, nach einer Infektion Post-Covid zu entwickeln, war bei Frauen 1,8-fach erhöht. Ebenso zeigte sich das Gesamtmaß an Begleiterkrankungen als weiteren Risikofaktor: je mehr Vorerkrankungen, unter denen Betroffene bereits vor ihrer Infektion litten, desto häufiger traten Post-Covid-Beschwerden auf.

„Dass es nach manchen Virusinfektionen zu anhaltenden Beschwerden kommen kann, ist nicht neu“, so Studienkoordinator Dr. Christian Förster. „Trotzdem hat es uns überrascht, dass so viele Betroffene nach dieser Zeit über so gravierende Symptome berichteten.“ Bekannt ist aus anderen Studien, dass Betroffene mit Symptomen sich eher an Befragungsstudien beteiligen als beschwerdefreie Betroffene. Aus diesem Grund, so vermutet das Forscherteam, dürfte die tatsächliche Zahl an Betroffenen geringer sein. **ST**



DIE NECKARMAUER füllt sich endlich wieder mit Sonnenhungrigen.

Bild: Ulrich Metz

Inzidenzen so hoch wie nie

Corona Nicht nur die 7-Tage-Inzidenz im Kreis Tübingen steigt deutlich an, auch im Tübinger Uniklinikum liegen wieder mehr Infizierte. Dramatisch ist beides nicht. *Von Lisa Maria Sporrer*

Nur noch wenige Tage, dann soll in Deutschland der „Freedom Day“ gefeiert werden. Zum 20. März sollen bundesweit nahezu alle Corona-Maßnahmen wegfallen. Dabei steigen die Inzidenzen, anstatt zu sinken.

Für Mitte Februar war der Höhepunkt der Omikron-Welle vorhergesagt worden. Bis zum 20. Februar stiegen auch die Inzidenzen im Kreis Tübingen kontinuierlich an, allerdings auf einem moderaten Niveau. Anfang Februar lag dieser Wert mit Werten um 1500 deutlich höher, erreichte mit einer Inzidenz von 1506 am 20. Februar seinen vorläufigen Höhepunkt. Und sank dann wieder. Jedenfalls bis Anfang März. Seitdem zeichnet der Kreis Tübingen täglich rund 700 bis weit über 800 neue Coronafälle. Momentan liegt die 7-Tage-Inzidenz im Kreis Tübingen bei 2073,8, so hoch wie nie seit Beginn der Pandemie.

Mit diesem Wert liegt der Landkreis nicht nur deutlich über dem Bundes-, sondern auch über dem Landesdurchschnitt, obwohl Baden-Württemberg mit einer aktuellen 7-Tage-Inzidenz von 1700,7 ohnehin schon eines der Bundesländer mit den höchsten Infektionszahlen ist.

Momentan befindet sich Baden-Württemberg im Stadium der „Warnstufe“. Die Corona-Maßnahmen richten sich ja nicht mehr nach den Inzidenzzahlen, sondern orientieren sich an den Hospitalisierungen. Und diese sind zwar noch deutlich von dem Wert, der wieder die „Alarmstufe“ auslösen

würde entfernt, dennoch steigt auch dieser Wert in Baden-Württemberg leicht. Das lässt sich auch den stationären Aufnahmen im Tübinger Uniklinikum ablesen.

Nicht wegen, sondern mit Corona im Krankenhaus

Während die Anzahl der Patientinnen und Patienten, die stationär in der Uniklinik behandelt wurden, seit Ende Dezember immer weniger wurde, waren es im Januar und Februar zwischen 25 und 35 mit dem Coronavirus infizierte Patienten, die das Uniklinikum meldete. Am 18. Februar waren es schließlich 41 Patienten, allerdings wurden davon nur sechs auf der Intensivstation behandelt.

Auch aktuell werden auf den Intensivstationen sechs Covid-Patienten behandelt. „Vier davon sind geimpft und haben eine teils schwere Vorerkrankung. Zwei Personen sind nicht geimpft, eine davon mit Vorerkrankung, eine ohne“, teilt die Pressestelle auf

Auch „Hotspots“ interessieren sich nicht für Inzidenz

Ab dem 20. März 2022 sollen die meisten Corona-Beschränkungen wegfallen. Dazu gehört auch die Maskenpflicht beim Einkaufen oder im Kino. Masken sollen nur noch in bestimmten Bereichen zur Pflicht werden: zum Beispiel in Kliniken und Pflegeeinrichtungen. Auch in Bus und Bahn darf die

Maskenpflicht weiter gelten. In besonders betroffenen Gebieten sollen auch in Zukunft weitere Maßnahmen möglich sein, wenn die Landesparlamente zustimmen. Die sogenannte Hotspot-Regelung soll den Ländern die Möglichkeit geben, die Maskenpflicht auszuweiten oder 2G-

und 3G-Regelungen wieder einzuführen. Die Hotspot-Regelung soll greifen, wenn eine Überlastung des Gesundheitssystems in einem Gebiet droht. Es geht auch da also nicht mehr um die 7-Tage-Inzidenz. Ein Hotspot kann eine Stadt, eine Region oder ein ganzes Bundesland sein.

1118

Neuinfektionen mit dem Coronavirus registrierte das Gesundheitsamt am Donnerstag im Landkreis Tübingen. Die 7-Tage-Inzidenz liegt bei 2073,8. Das Tübinger Uniklinikum versorgt derzeit 45 mit dem Coronavirus infizierte Patienten, sechs davon auf der Intensivstation.

Zahlreiche Corona-Maßnahmen wurden bereits gelockert, außerdem hat sich das Gefühl breitgemacht, Infektionen seien in der Omikron-Welle ohnehin nicht mehr so schlimm. Und dann gibt es da auch noch den Omikron-Subtyp BA.2. Allzuviel weiß man noch nicht darüber, aber ansteckender soll dieser Subtyp sein. Sequenziert wird nur noch wenig, aber die meisten Immunologen schätzen, dass bereits zwei Drittel aller Corona-Infektionen in Deutschland vom Omikron-Subtyp BA.2 verursacht werden.

Ob auch nach dem 20. März noch so flächendeckend in Tübingen getestet wird, ist unklar. Bisher gebe es noch keine Klarheit darüber, wie die Landesregelungen nach dem 20. März tatsächlich aussehen werden, so die städtische Pressestelle. Die Auslastung der vier städtischen Teststationen liege aktuell bei 30 bis 50 Prozent. Im Dezember waren es insgesamt 45 650 Tests, im Januar waren es 43 407 Tests. Für Februar liegt die Gesamtzahl noch nicht vor.

Vereine erhalten Nachschlag fürs Altpapier

Kreis Tübingen. Vereine, die ihre Kasse aufbessern, indem sie Altpapier sammeln und an der Umladestation im Entsorgungszentrum in Dußlingen anliefern, können sich freuen: Für das Jahr 2021 legt der Kreis zusätzlich zu ihrer fest zugesagten, marktunabhängigen Vergütung von 49 Euro pro Tonne einen ebenso hohen Betrag als Ergänzungszahlung drauf. Je nach Sammelmenge können dem Landratsamt zufolge Nachzahlungen von 690 Euro bis 32 000 Euro netto pro Verein fällig werden. „Steigerungen um 100 Prozent gibt’s nicht alle Tage“, zeigte sich Landrat Joachim Walter erfreut, als er den Verwal-

tungs- und Technischen Ausschuss des Kreistags (VTA) über die Zuwendung an jene Vereine informierte, die dem Kreis beim Altpapiersammeln „die Stange gehalten haben“. Seit im Jahr 2018 die Papiertonne eingeführt wurde, hat die Kreisverwaltung den Auftrag zu prüfen, wie die Vereine an den Erlösen beteiligt werden können. Schließlich trügen sie dazu bei, dass das gewählte Konzept mit der kommunalen Altpapiertonne parallel zur Bündelsammlung zukunftsfähig ist. 2018 bekamen die Vereine eine Ergänzungszahlung von 5 Euro pro Tonne. In den Jahren 2019 und 2020 gab es nichts,

weil die Erlössituation nicht entsprechend war. 2021 habe der Kreis sowohl bei der behältergestützten Sammlung als auch bei der Bündelsammlung positive Ergebnisse erwirtschaftet. Der Ausschuss stimmte dem Nachschlag zu.

Er wurde in der Sitzung von VTA in VTKA umbenannt. Die Abkürzung steht für „Ausschuss für Verwaltung, Klimaschutz und Technik“. Es gab fünf Gegenstimmen und vier Enthaltungen. Nach Meinung der FWV, so ihr Fraktionsvorsitzender Thomas Hölsch, gibt es „wichtigere Themen heutzutage als die Ausschuss-Benennungen“. **ran**



Altpapiersammlung des CVJM in Kilchberg. *Archivbild*